

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Was jetzt zu tun ist

Deutschland befindet sich seit 14 Monaten im Ausnahmezustand. Sozial, gesundheitlich, wirtschaftlich und rechtlich. Der Kampf gegen die Pandemie verlangt uns allen große Anstrengungen ab. Er kostet enorme Kraft – jeden von uns. Die Sehnsucht nach Freiheit und Aufbruch wächst mit jedem Tag.

Politik muss Hoffnung und Perspektiven schaffen. Der Auftrag ist klar: Wir müssen die Pandemie so schnell wie möglich überwinden. Leider wurde durch falsche Politik zu viel Zeit vertan. Daraus müssen wir lernen. Wir müssen Deutschland in ein Jahrzehnt der Erneuerung führen.

Das ist jetzt zu tun:

Schneller aus dem Ausnahmezustand kommen

Deutschland hat im Laufe der Pandemiebekämpfung an Schwung verloren. Statt schneller und besser sind wir langsamer und schwerfälliger geworden. Fehler zu analysieren und Prozesse zu optimieren, war einmal unsere große Stärke. Besinnen wir uns auf unsere Tugenden: Stoppen wir das Fahren auf Sicht! Machen wir Effizienz wieder zum Maßstab der Pandemiebekämpfung:

1. Realistische Einschätzung der Infektionslage. Der alleinige Blick auf die Zahl der Neuinfektionen greift zu kurz. Ein Infektionscluster in einem Betrieb reicht, und 50 km weiter müssen Schulen und Geschäfte schließen – bloß, weil sie im gleichen Landkreis liegen. Zur realistischen Bewertung der Lage müssen wir auf eine gewichtete Inzidenz umstellen. Wir müssen weitere Parameter berücksichtigen wie die Zahl der Erkrankten, das Ausbruchsgeschehen, die Testquote, die Auslastung des Gesundheitssystems oder die Impfquote. So können wir situativ und regional auf das Virus reagieren.

2. Konzentration auf wirkungsvolle Maßnahmen. Viele Maßnahmen haben keine wissenschaftlich erwiesene oder nur sehr geringe Wirkung. Das Festhalten an rein symbolischen Maßnahmen ist rechtlich nicht haltbar und birgt eine große Gefahr: Es mindert die Akzeptanz der Bevölkerung. Es fördert die Pandemiemüdigkeit kurz vor dem Ziel. Beschränken wir uns auf das, was hilft und setzen es konsequent um: Masken, flächendeckende Tests, Kontaktbeschränkungen und Abstand. Der Einbau von Luftfilteranlagen in Schulen, Universitäten, öffentlichen Gebäuden und Großraumbüros. Die Verlagerung sozialer Kontakte von den Innenräumen nach draußen. Deshalb

muss die Außengastronomie außerhalb von Hotspots mit Testpflicht wieder möglich sein.

3. Beschleunigung der Impfkampagne. Impfen ist der Schlüssel zur Rückkehr in die Freiheit. Mit der schleppenden Impfstofflieferung und der Bürokratie beim Impfen haben wir wertvolle Zeit verloren. Jetzt müssen wir alles Notwendige mobilisieren: Die Intervalle zwischen Erst- und Zweitimpfung müssen maximiert werden. Die Reserven und Reste müssten vollständig verimpft werden. Freie Kapazitäten von Astrazeneca müssen zusätzlich aufgekauft werden. Die Impfpriorisierung sollte ab sofort flexibler umgesetzt und so bald wie möglich aufgehoben werden. Die Betriebsärzte müssen schnellstmöglich in die Impfkampagne einbezogen werden.

4. Die Impfkampagne schon jetzt auf Mutationen vorbereiten. Inzwischen beobachten wir vermehrt Mutationen des Virus. Die meisten Impfstoffe zeigen zwar auch eine signifikante Schutzwirkung gegen Virusvarianten. Doch steigt die Wahrscheinlichkeit für eine notwendige dritte Impfdosis, die sogenannten Impfbooster. Um nicht erneut in eine Knappheitssituation zu geraten, bei der ein Großteil der Bevölkerung auf die Schutzimpfung warten muss, sollten bereits jetzt Beschaffungsaufträge für den Herbst veranlasst werden. Außerdem sollten die Sequenzierung und die Forschung an Mutationen ausgeweitet werden. Wir müssen frühzeitig und vorausschauend notwendige Modifikationen an den Impfstoffen vornehmen können.

5. Geben wir den Menschen ihre Freiheitsrechte zurück. Von vollständig Geimpften und Genesenen gehen keine nennenswerten Infektionsrisiken aus, schwere Grundrechtseinschränkungen sind für diese Menschen nicht mehr akzeptabel. Die Bundesregierung darf nicht auf Zeit spielen. Sie muss unverzüglich in einer Rechtsverordnung für Bund und Länder klarstellen, dass für Geimpfte und Genesene keine grundsätzlichen Beschränkungen mehr gelten. Eine punktuelle Gleichstellung mit Getesteten reicht nicht aus. Auch der Zugang zu Sportstätten und Innengastronomie müsste für Geimpfte wieder möglich sein.

6. Globale Kooperation gegen die Pandemie. Wir müssen die Pandemie weltweit besiegen. Sonst droht durch neue Virusmutationen, gegen die heute verfügbare Impfstoffe unwirksam sein könnten, eine Verlängerung des Pandemieverlaufs weltweit. Wir werden den Kampf gegen das Virus nur gewinnen, wenn alle Staaten weltweit über ausreichend Testkapazitäten und Impfstoff verfügen. Deshalb müssen Staaten, die ein Vielfaches der benötigten Menge an Covid-19-Impfstoffen bestellt haben, überschüssige Impfdosen schnell und unbürokratisch an die globale Impfinitiative COVAX spenden. COVAX sollte aus den Überschüssen gespendeter Impfdosen eine strategische Reserve bilden, um Abhängigkeitsverhältnisse durch „Impfstoffdiplomatie“ zu verhindern. Kein Land darf mit Impfstoff erpressbar werden!

Pandemieschäden beheben

Die direkten Schäden der Pandemie sind dokumentiert. Doch die indirekten Schäden bleiben oft unsichtbar. Der monatelange Lockdown hinterlässt Spuren – gesellschaftlich, wirtschaftlich und sozial. Diese Spuren werden nicht automatisch verschwinden, wenn das öffentliche Leben wieder hochfährt. Wir müssen aktiv Maßnahmen ergreifen, um jahrelange Folgen für unser Land abzuwenden:

7. Nationaler Sicherheitsrat. Wir wissen nicht, welche Bedrohungen und Herausforderungen uns in Zukunft erwarten – sei es im Cyberraum, durch den Klimawandel, Terrorismus, staatliche Konflikte oder eine neue Pandemie. Die Covid-19-Pandemie hat aber gezeigt: Die Abstimmung in unserem Staat lief im Krisenfall häufig zu schleppend. Es ging wertvolle Zeit verloren. Deutschland muss bei internationalen Herausforderungen handlungsfähiger werden und vorausschauender planen können. Wir brauchen einen Nationalen Sicherheitsrat, der die Bundesregierung ressortübergreifend berät und es ermöglicht, mit einer abgestimmten Strategie schneller planen, entscheiden und handeln zu können. Das Gremium soll mit Expertenunterstützung auch frühzeitig drohende Risiken erkennen, analysieren und Handlungsempfehlungen entwickeln. Das Robert-Koch-Institut sollte reformiert und mit mehr Unabhängigkeit ausgestattet werden. Wir dürfen uns kein weiteres Mal von globalen Krisen überrollen lassen.

8. Bildung. Seit einem Jahr sind die Schulen nicht mehr im Normalbetrieb geöffnet. Die Lerndefizite sind enorm. Wir müssen umgehend zusätzliche Stellen für Sozialpädagogen und Schulpsychologen schaffen. Damit können wir Bildungsdefizite von Kindern und Jugendlichen auffangen. Wir helfen ihnen dadurch auch seelisch und psychisch. Mit einem mehrjährigen Lern-Buddy-Programm können wir auch mit Studenten in den Ferien die entstandenen Lernrückstände aufholen. Langfristig brauchen wir eine digitale Unterrichtspflicht des Staates. Der Unterricht muss im Zweifel auch ohne Schulgebäude funktionieren. Ein flexibler Mix aus digitalem E-Learning und Präsenzunterricht muss zum Standard des Schulalltags werden.

9. Wirtschaft. Die Wirtschaftshilfen konnten bestenfalls die gefährlichsten Löcher stopfen. Meist kamen sie zu spät und konnten den Schaden nicht decken. Den Selbstständigen blieben viele Hilfen verwehrt. Wegen der Aussetzung der Insolvenzantragspflichten steht uns eine Insolvenzwelle noch bevor. Noch können wir diese Welle brechen: Durch eine Ausweitung des steuerlichen Verlustrücktrags bis 2017. Durch bessere Rahmenbedingungen für exportorientiertes Wachstum und indem neue Belastungen durch ein Belastungsmoratorium ein Riegel vorgeschoben wird. Nach der Pandemie brauchen wir Wachstum. Gute Standortbedingungen sind kein Selbstzweck, sondern der entscheidende Faktor für eine widerstandsfähige und gesunde Volkswirtschaft. Wer mehr Investitionen in Deutschland will, muss sie attraktiver und vielversprechender machen. Damit sich Investitionen in Deutschland

lohen, brauchen wir kein Weltniveau an staatlichen Zuschüssen und Interventionen, sondern Rahmenbedingungen, die Weltklasse sind.

10. Innenstädte. Der Lockdown hat den Konsum verschoben – vom Einzelhandel ins Internet. Während Online-Plattformen Rekordgewinne einfahren, droht eine Verödung unserer Innenstädte. Deswegen müssen wir das Leben in den Innenstädten neu erwecken. Wir sollten die Möglichkeiten für verkaufsoffene Sonntage erleichtern und die Gewerbesteuer grundlegend reformieren. Hemmnisse im Bauplanungs- und Bauordnungsrecht, die eine attraktive Nutzungsmischung verhindern, müssen abgebaut werden. Gründungen und Übergaben durch digitalisierte Verwaltungsverfahren können beschleunigt werden. Die Innenstädte müssen auch zukünftig individuell auf vielen Wegen erreichbar sein – mit dem ÖPNV, dem Fahrrad und dem Auto.

11. Kultur und Gastgewerbe. Kunst, Kultur, Gastronomie und das Gastgewerbe sind besonders vom Lockdown betroffen. Wir sollten uns nicht mit dem kollektiven Stillstand abfinden, sondern weiter an Modellprojekten arbeiten, wie Kultur, Gastronomie und Tourismus auch in Zeiten der Pandemie möglich sein können. Dabei sollte mit verschiedenen Test-, Hygiene- und Abstandskonzepten die Effizienz von testbasierten Öffnungen, die Möglichkeit von technologischen Innovationen zum Contact Tracing und die Wirkung von Luftfiltern und innovativen Raumkonzepten (insb. Innenräume im Vergleich zu Freiluftbereichen) unter realen Bedingungen überprüft werden. Der Lockdown darf nicht zum monatelangen Berufsverbot führen.

12. Gesundheit. Die Pandemie hat unser Gesundheitswesen an den Rand seiner Belastung getrieben. Personalnöte wurden besonders im Pflegebereich offensichtlich. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen besser werden: durch eine angemessene Vergütung, die Entlastung von Bürokratie, die Digitalisierung von Dokumentationspflichten, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufe und eine attraktive Ausbildung. Außerdem muss die Anwerbung von ausländischen Pflegekräften intensiviert und deren Anerkennung und Einstellung erleichtert werden. Auch nach der Pandemie sollten die intensivmedizinischen Kapazitäten regelmäßig Stresstests unterzogen werden, um auf zukünftige Herausforderungen besser vorbereitet zu sein.

Aufbruch in die 20er Jahre

Vor uns liegt ein Jahrzehnt des Umbruchs. Der Klimawandel, die Digitalisierung und die demografische Entwicklung verlangen nach neuen Ideen und Konzepten. Wie unter einem Brennglas hat die Corona-Pandemie diese Aufgaben deutlich sichtbarer gemacht. Und unsere Defizite aufgedeckt: bei der Digitalisierung, der Infrastruktur oder einem häufig überforderten Staat. Kurz: Wie es ist, kann es nicht bleiben. Wir müssen die Quellen unseres Wohlstands neu begründen. Machen wir aus dem Umbruch einen Aufbruch. Legen wir den Grundstein für goldene 20er Jahre.

13. Verlässliche Staatsfinanzen. Krisen erfordern einen starken Staat. Aber: kraftvolles Handeln setzt Konzentration voraus. Verzettlung und Überforderung machen den stärksten Staat schwach. Wir brauchen den Mut, das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat, zwischen Wirtschaft und Staat wieder klarer zu sortieren. Die Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen muss so schnell wie möglich erfolgen. Statt neuer Steuern muss der Staat neues Wachstum entfesseln. Er muss die Freiheit des Einzelnen und seine Verantwortung für die Gesellschaft stärken. So wachsen wir aus den Schulden heraus. Wir brauchen:

- Ein Ausgabenmoratorium für konsumtive Ausgaben des Staates.
- Eine Senkung der Abgabenbelastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf unter 40 Prozent.
- Den Einstieg in eine gesetzliche Aktienrente und eine zusätzliche Aktiensäule in der Pflegeversicherung. So machen wir die Altersvorsorge besser und zukunftssicher.
- Eine stärkere Differenzierung der Steuern nach Einkommen für Bund oder für Länder und Gemeinden. Bund und Länder dürfen sich nicht länger gegenseitig blockieren und Steuerreformen faktisch unmöglich machen.

14. Wachstum durch Entlastung und Entfesselung. Gute Standortbedingungen sind kein Selbstzweck, sondern der entscheidende Faktor für eine widerstandsfähige und gesunde Volkswirtschaft. Wer mehr Investitionen in Deutschland will, muss sie attraktiver und vielversprechender machen. Damit sich Investitionen in Deutschland lohnen, brauchen wir kein Weltniveau an staatlichen Zuschüssen und Interventionen, sondern Rahmenbedingungen, die Weltklasse sind. Wir brauchen:

- Ein klares Bekenntnis zu einem zukunftsfähigen und stabilen Investitionsstandort, mit Schutz vor Enteignungen, niedrigen Energiekosten und einem wirtschaftsfreundlichen Klima.
- Eine Rosskur für die Bürokratie: Dokumentationen müssen auf den Prüfstand gestellt und bei nicht erwiesener Notwendigkeit beseitigt werden.
- Planungs- und Bauzeitbeschleunigung durch Vereinfachung, Vereinheitlichung und Digitalisierung. Hierzu bedarf es auch einer kritischen Überprüfung gut gemeinter, aber übertriebener Naturschutzvorschriften.
- Vorfahrt für Zuwanderung in den Arbeitsmarkt mit einem Punktesystem und einer reformierten Blue-Card für Personen mit Berufserfahrung. Unsere Wirtschaft ist durch den demographischen Wandel zwingend auf Einwanderung angewiesen.
- Ein leistungsgerechtes und wachstumsförderndes Steuersystem durch die vollständige Abschaffung des Solis, den Abbau des Mittelstandsbauchs und die Beseitigung der kalten Progression für Arbeitnehmer. Für Unternehmen durch eine Senkung der Körperschaftsteuer und ein späteres Einsetzen des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer.

15. Digitalisierung von Staat und Verwaltung. Unser Staat hat ein Digitalisierungsproblem. Der Durchbruch beim Breitbandausbau muss jetzt gelingen. Verwaltung und öffentliche Institutionen müssen sich anpassen an die Bedürfnisse einer modernen, digitalen Gesellschaft. Allzu häufig arbeitet und denkt unser Staat noch analog. Seine Zukunft aber ist digital oder dysfunktional. Unser Ziel muss „Government as a Platform“ sein. Wir brauchen:

- Ein Digitalministerium, das die verschiedensten Digitalisierungsprojekte über alle Fachbereiche hinweg koordiniert. Dort müssen Kernthemen wie die Verwaltungsmodernisierung und Rahmenbedingungen für digitales Leben (SmartCities/Autonomes Fahren) zentral koordiniert und gesteuert werden.
- Eine Flexibilisierung des Beamtenrechts, damit IT-Experten gewonnen und gehalten werden können. Im Rahmen einer KI-Roadmap für die Verwaltung brauchen wir eine Inventur von Verwaltungsprozessen mit Blick auf ihr Automatisierungspotential.
- Eine universelle „Deutschland-App“ nach dem One-Stop-Shop-Prinzip. Bürger und Unternehmen müssen sämtliche Behördengänge auf allen Ebenen, ob Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörden, unkompliziert und zielgenau erledigen können.
- Einen Digitalpakt für die Justiz. Unsere Staatsanwaltschaften und Gerichte müssen den Sprung ins Informationszeitalter schaffen – mit virtuellen Gerichtsverhandlungen und reinen Online-Verfahren für die Durchsetzung kleiner Forderungen.
- Ein modernes, innovationsfreundliches Datenrecht. Der Schutz der Persönlichkeitsrechte bei gleichzeitigem Raum für digitale Zukunftstechnologien und Geschäftsmodelle kann einen neuen Weltstandard definieren.
- Einen Wettbewerbs-Turbo beim Ausbau der digitalen Infrastruktur. Wir müssen weg von langwierigen Planungs-, Genehmigungs- und Förderverfahren. Weg von Bürokratiemaschinen wie der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft und hin zu einer agilen Ausbaustrategie um marktorientierte Fördermodelle wie Negativauktionen und Gigabitgutscheine.

16. Aufstieg durch Bildung. Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik. Wir müssen in den 20er Jahren das Versprechen von Aufstieg durch Bildung zur Garantie machen. Fleiß und Anstrengung müssen zu einem Mehr an Chancen führen. Die soziale Herkunft darf nicht länger ausschlaggebend für Erfolg oder Misserfolg sein. Wir brauchen:

- Tuning für den Digitalpakt. Eine einzige Homepage mit einem zentralen Online- Formular für die Beantragung der Mittel muss her. Der Weg zu den Finanzmitteln muss so einfach und kurz wie möglich gestaltet werden. Entlasten wir die Schulen von der bürokratischen Beweislast.

- Eine digitale Unterrichtspflicht des Staates. Der Unterricht muss auch ohne Schulgebäude funktionieren. Der Mix aus digitalem E-Learning und Präsenzunterricht muss zum Standard des Schulalltags werden.
- Künstliche Intelligenz als Innovationstreiber in den Schulen. In die Lehrpläne müssen die Chancen und Herausforderungen der KI für Gesellschaft, Gesundheit, Arbeit sowie die Bedeutung der digitalen Ökonomie Eingang finden. KI muss zum Schulalltag gehören – in Theorie und Praxis. Grundlegende IT- und Software-Kenntnisse müssen Teil der Lehrerbildung sein.
- Volle Autonomie für starke Schulen. Schulen brauchen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten. Jede Schule braucht ein Innovationsbudget zur freien Verwendung. Fördermittel aus Bundesgeldern sollten auch direkt auf einzelne Schulkonten überwiesen werden können.
- Einen modernen Bildungsföderalismus. Nicht ein ineffizientes Nebeneinander, sondern ein produktives Miteinander zwischen Bund und Ländern muss der neue Standard werden. Der Art. 91b GG muss von einem Kooperationsverbot zu einem Kooperationsgebot verändert werden.

17. Aufbruch in die Klimaneutralität. Unser Ziel steht: 2050 soll Europa klimaneutral sein. Das erfordert entschiedenes, aber überlegtes Handeln. Wir brauchen wie in der Corona-Pandemie wirkungsvolle Maßnahmen, aber keine Symbolpolitik. Gute Klimapolitik stärkt die Wirtschaft und schafft mehr Wohlstand. Der Klimawandel ist ein großes Risiko, der Umbau auf eine klimaneutrale Wirtschaft eine Riesenchance. Wenn wir auf Technologie und die Kraft der Freiheit setzen. Wir brauchen:

- Die Ausweitung des EU-Emissionshandels auf alle Treibhausgasemittenten aller Wirtschaftsbereiche. Das ist der effizienteste Weg zur Erreichung der EU- Klimaschutzziele.
- Technologieneutralität als Richtschnur der Klimapolitik. Der Staat sollte den Wettbewerb um die besten Lösungen fördern, statt Unternehmen und Verbrauchern technologische Wahlentscheidungen abzunehmen.
- Klare und transparente Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskriterien für staatliche Investitionen in die Infrastruktur. Fehlinvestitionen und Investitionsruinen müssen vermieden werden.
- Das Vorziehen geplanter öffentlicher Investitionen in klimafreundliche Infrastrukturen als Wachstumsimpuls
- Eine internationale Klimaschutzkooperation. Der Emissionshandel muss zu einem globalen Emissionshandelssystem ausgebaut werden. Als Startschuss mit hoher Signalwirkung würde eine transatlantische Klimakooperation mit den USA wirken, mit dem Ziel einer Verknüpfung, Ausweitung und Weiterentwicklung der bestehenden Emissionshandelssysteme beider Kooperationspartner.
- Intensivere Erforschung und Nutzung globaler Treibhausgasenken. Neben den natürlichen Senken wie Wäldern, Mooren und andere organische CO₂-Speichern müssen die technischen Möglichkeiten der CO₂-

Abscheidung und -Speicherung stärker genutzt werden. Negative Emissionen sollten auf die Klimaschutzziele anrechenbar sein und unkompliziert in den Emissionshandel einbezogen werden.

Ansprechpartner:
Christian Lindner, FDP-Fraktionsvorsitzender
Telefon: 030 403 699 001 – E-Mail: christian.lindner@bundestag.de